

Neue Geschäfte

Die EU braucht weitere Handelspartner in Asien. Brüssel sollte ihnen mit Pragmatismus begegnen. Zudem bedarf es neuer Allianzen, um das regelbasierte Handelssystem wieder besser zu schützen.

Von Claudia Schmucker

Die Europäische Union ist auf den Außenhandel angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie ist weltweit der größte Exporteur von Waren und Dienstleistungen und selbst der größte Exportmarkt für rund 80 Länder. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission stand die EU 2024 für 15,8 Prozent der globalen Exporte und für 14,4 Prozent der globalen Importe. Die EU ist somit im Welthandel – anders als in der Außen- und Sicherheitspolitik – ein globaler Akteur und profitiert überdurchschnittlich von einem transparenten und regelbasierten Welthandelssystem.

Doch die globalen Rahmenbedingungen verändern sich rasant: Die Vereinigten Staaten und China verfolgen heute einen geoökonomischen und machtbasierten Ansatz in der Handelspolitik, der dem regelbasierten Ideal der EU entgegensteht.

Aus diesem Grund sind beide Länder für die EU nicht mehr die richtigen Partner, um die globalen Handelsbeziehungen auszubauen und den regelbasierten Handel zu schützen. Die EU braucht neue Handelsabkommen und Allianzen.

Hier bieten sich vor allem die sogenannten Mittelmächte und insbesondere die Schwellenländer des Globalen Südens an. Neben Lateinamerika (Mercosur-Staaten) finden sich diese Staaten vor allem in Asien. Die Region zeigt sich offen für Handelsliberalisierungen und verzeichnet weltweit die größten Wachstumsraten.

So prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem neuesten World Economic Outlook vom Juli 2025 für „emerging and developing Asia“ Wachstumsraten von 5,1 Prozent (2025) und 4,7 Prozent (2026). Für Indien wird sogar für beide

Jahre ein Wachstum von 6,4 Prozent vorhergesagt. Im Gegensatz dazu erreichen die Industrieländer (inklusive die der EU und die USA) lediglich ein Wachstum von 1,5 Prozent (2025) und 1,6 Prozent (2026).

Europäische Initiativen

Die EU verfügt bereits über ein fast weltweit gespanntes Netz an bilateralen und regionalen Handelsabkommen (siehe Karte auf S. 58f.), das von industrialisierten Staaten (Kanada und Japan) bis hin zu Entwicklungsländern (Vietnam) reicht. Insgesamt sind – Stand August 2025 – 79 verschiedene europäische Handelsabkommen in Kraft.

Daneben steht die Annahme beziehungsweise Ratifizierung von Abkommen mit 25 Ländern an, einschließlich der vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Der erfolgreiche Abschluss dieses Freihandelsabkommens (Free trade agreement/FTA) wäre ein wesentlicher Schritt hin zu einer engeren wirtschaftlichen und politischen Verflechtung beider Regionen und wichtig für Brüssel, um den Handel mit China zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren (Stichwort „De-Risking“).

Gerade für die stagnierende deutsche Wirtschaft wären die Zollsenkungen (zum Beispiel 35 Prozent auf Autos) im Handel mit den Mercosur-Staaten ein großer Gewinn. Gleichzeitig kann das EU-Mercosur-Abkommen auch den Anfang für eine engere Kooperation auf multilateraler Ebene bilden. Der Ball liegt nun bei

den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament: Um das Handelsabkommen anzuwenden, sind eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat und eine einfache Mehrheit im Europaparlament notwendig.

Darüber hinaus befinden sich potenzielle Partner von laufenden FTA-Verhandlungen allesamt in Asien: Dies sind vor allem die großen G20- und BRICS-Schwellenländer Indonesien und Indien sowie die ASEAN-Staaten Malaysia, Philippinen und Thailand. Der Schwerpunkt der aktuellen EU-Verhandlungen hat sich somit nach Osten verlagert.

Indonesien: Abschluss im September

Die wichtigsten Verhandlungen der EU in Südostasien sind die mit Indonesien, der größten Volkswirtschaft in der Region mit einer Bevölkerung von 285 Millionen Menschen. Der IWF prognostizierte im April ein Wachstum für 2025 und 2026 von jeweils 4,7 Prozent. Daher überrascht es, dass Indonesien 2024 laut EU nur an 33. Stelle der größten Handelspartner rangierte und lediglich der fünftgrößte ASEAN-Handelspartner war.

Die Verhandlungen über ein Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) mit Indonesien begannen bereits im Juli 2016. Nach knapp 20 Verhandlungsrunden und zahlreichen technischen Treffen konnte am 13. Juli 2025 eine politische Einigung erzielt werden. Das Abkommen konnte schließlich am 23. September auf Bali unterzeichnet werden.

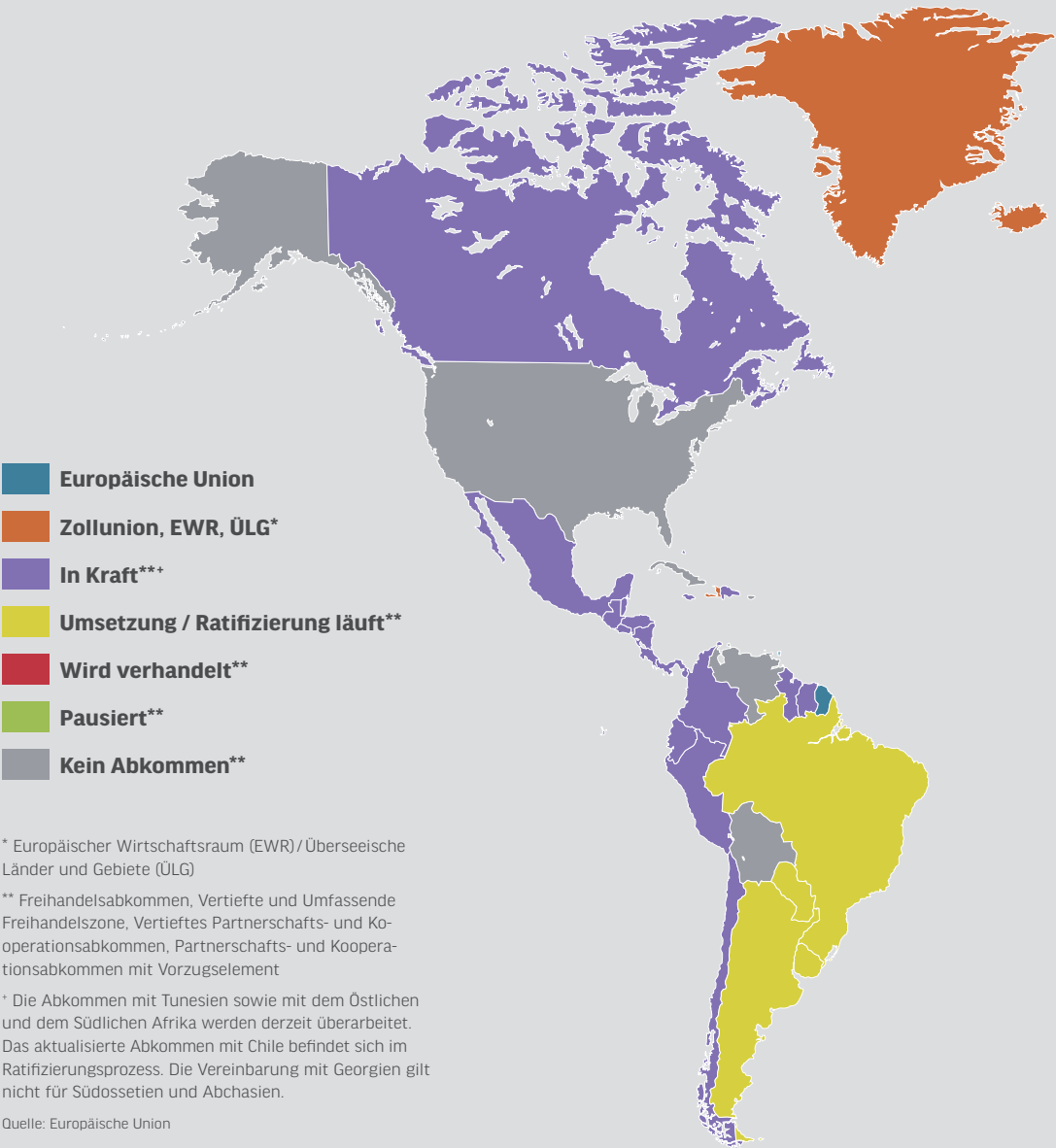
Die Verhandler hatten lange Zeit mit schwierigen Themen zu kämpfen; Indonesien hat ein Import-Lizenzsystem und verhängte in der Vergangenheit Exportverbote für Rohstoffe wie Nickel, die wichtig für die Batterieproduktion sind. Indonesien will auf diese Weise die eigene Industrieentwicklung fördern. Die EU hat

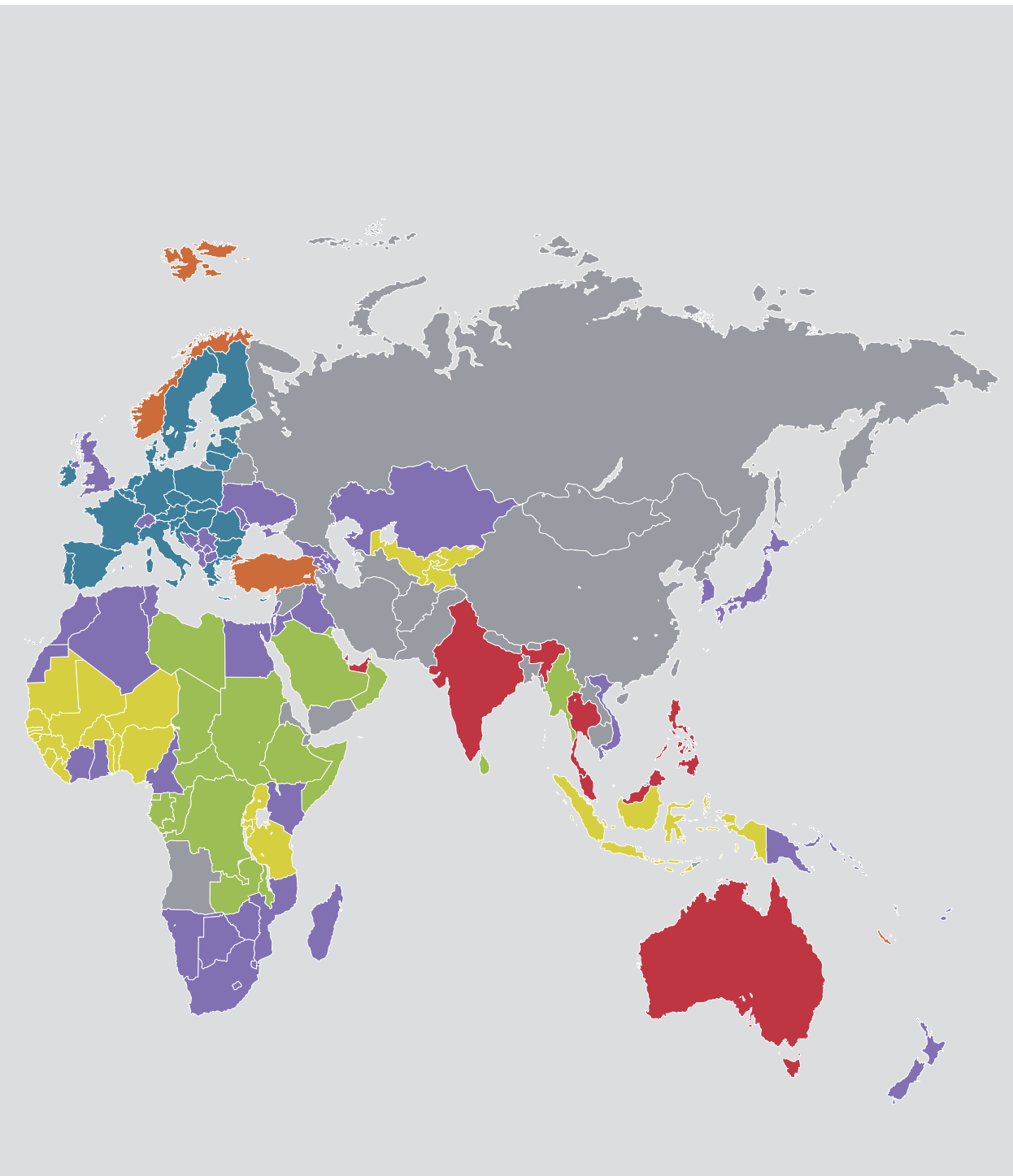


Dr. Claudia Schmucker
leitet das Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Das EU-Mercosur-Abkommen kann den Anfang für engere Kooperation auf multilateraler Ebene bilden

Eine Übersicht der EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten (Stand September 2025)





dagegen vor der Welthandelsorganisation (WTO) geklagt und in erster Instanz gewonnen. Indonesien hat wiederum erfolgreich gegen europäische Ausgleichszölle auf Biokraftstoffe geklagt.

Weitere schwierige Themen betrafen die Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstandards. Indonesien ist ein großer Produzent und Exporteur von Palmöl, und die Rodung vieler Regenwaldflächen geht auf den Palmölanbau zurück. Ab Dezember 2025 gilt die EU-Entwaldungsverordnung. Das Thema ist nicht Teil des Abkommens, hat aber die Gespräche zum Teil überlagert.

Der Abschluss vom September ist ein wichtiges Signal für die EU, den regelbasierten Handel in der Region auszuweiten und bei der Diversifizierung des Handels mit China voranzuschreiten. Letzteres war auch das erklärte Ziel von Indonesien. Das Abkommen beinhaltet somit auch geoökonomische Aspekte und verstärkt die Partnerschaft mit einem großen Schwellenland.

Schwieriger Partner Indien

Neben Indonesien stehen 2025 vor allem die Freihandelsgespräche mit Indien im Vordergrund. Indien ist seit 2007, als die EU die „Global Europe“-Strategie verabschiedete, ein Schwerpunkt der europäischen Handelspolitik und mit 1,4 Milliarden Menschen das bevölkerungsreichste Land der Welt. Auch Deutschlands Außenminister Johann Wadephul bekräftigte die Bedeutung des Abkommens auf seiner Reise nach Indien Anfang September.

Gleichzeitig gilt das Land als globaler Wachstumsmotor. Allerdings war Indien 2024 nur der neuntgrößte Handelspartner der EU mit 2,4 Prozent des Warenhandels. Es gibt somit ein großes Potenzial für mehr Wachstum beim Handel; der indische Anteil am EU-Außenhandel ist sehr niedrig,

Ein EU-Indien-Rahmenabkommen könnte den Zugang verbessern; darauf könnte aufgebaut werden

insbesondere wenn man ihn mit dem Anteil der USA (17 Prozent) und Chinas (15 Prozent) vergleicht.

Neu-Delhi gilt jedoch in Handelsfragen als schwieriger Partner: Das Land hält seinen Markt sehr geschlossen, mit hohen Zöllen und Marktzugangsbeschränkungen. Aufgrund der schwierigen internationalen geoökonomischen Lage beschloss Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Premierminister Narendra Modi im Februar 2025, die Verhandlungen bis Ende des Jahres abzuschließen. Dies hat den Handelsgesprächen neuen Schwung verliehen.

Allerdings bleiben zentrale strittige Punkte bestehen. Die EU will verstärkten Marktzugang, Indien ist an Investitionen interessiert. Daneben gibt es mit dem Landwirtschaftssektor sowie dem Schutz geistigen Eigentums, Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen viele Themen, bei denen eine Einigung schwierig werden dürfte. Wie bei Indonesien sind die EU-Nachhaltigkeitsthemen und ihre Durchsetzung ein Problem, da sie große Auswirkungen auf den Handel haben. Auch fordert Indien Ausnahmen zu den europäischen CO₂-Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM).

In der kurzen noch verbleibenden Zeit kann das EU-Indien-Abkommen nur erfolgreich verhandelt werden, wenn beide Seiten pragmatisch vorgehen. In vielen Vertragskapiteln liegen die beiden Seiten noch weit auseinander. Daher ist nicht mit einem umfassenden Abkommen

zu rechnen. Dies wird vermutlich auch Nachhaltigkeitsfragen betreffen. Nichtsdestotrotz kann auch mit einem Rahmenabkommen der Zugang verbessert werden, auf dem später aufgebaut werden kann.

ASEAN: Malaysia, Philippinen, Thailand

Mit Ländern der schnell wachsenden ASEAN-Region stehen ebenfalls weitere Verhandlungsrunden an. Im Januar 2025 kündigten Brüssel und Kuala Lumpur die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein modernes EU-Malaysia-Freihandelsabkommen an, die 2012 auf Eis gelegt worden waren. Auch wenn dies ein positives Zeichen ist, liegt eine Einigung noch in weiter Ferne. Bislang sind beide Seiten noch deutlich voneinander entfernt, vor allem bei modernen Handelsthemen (auch als „WTO plus“-Themen bekannt) wie dem öffentlichen Auftragswesen oder der Nachhaltigkeit. Die zweite Verhandlungsrunde soll im vierten Quartal 2025 in Kuala Lumpur stattfinden.

*Gegenüber ASEAN
strebte die EU zunächst ein
Gesamtabkommen an,
gab diese Idee aber 2009
zugunsten einer „Stepping-
stone“-Strategie auf*

Nachdem die Verhandlungen zwischen der EU und den Philippinen 2017 zunächst ausgesetzt worden waren, wurden sie im März 2024 wiederaufgenommen. Die vierte Verhandlungsrunde sollte im Oktober 2025 auf den Philippinen stattfinden.

Die Verhandlungen mit Thailand wurden 2014 nach dem Militärputsch dort

auf Eis gelegt. Nach den Wahlen im März 2019 entschied der Europäische Rat, die Verhandlungen über ein umfassendes Handelsabkommen wiederaufzunehmen. Im März 2023 wurden die Verhandlungen fortgesetzt, im Juni 2025 fand die bislang sechste Verhandlungsrunde statt.

Gegenüber den ASEAN-Staaten strebte die EU zunächst ein Gesamtabkommen an, gab diese Idee aufgrund zahlreicher Probleme 2009 wieder auf und versuchte danach, durch bilaterale Verhandlungen langfristig zu einem EU-ASEAN-Abkommen zu gelangen. Die bilateralen Abkommen stockten aber aufgrund zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Probleme in den Jahren 2010 und 2015. Die heutige geoökonomische Lage hat jedoch das Interesse der ASEAN-Staaten an einem Abkommen mit der EU wiederaufleben lassen – am aussichtsreichsten ist dieses mit Malaysia.

Allerdings zeigt sich, dass auch die ASEAN-Staaten keine einfachen Verhandlungspartner sind. Die EU hat daher ihre Erwartungen an die Handelsabkommen insgesamt heruntergeschraubt. Der Fokus liegt nun auf Marktzugang; Nachhaltigkeitsthemen kommen deutlich weniger prominent vor als in der Vergangenheit. Wichtigstes Ziel ist es, Rahmenabkommen zu verhandeln.

Ein neuer Pragmatismus

Die großen anstehenden Abkommen stehen also – mit wenigen Ausnahmen – mit den selbstbewussten Ländern des Globalen Südens an. Die Verhandlungen sind dementsprechend nicht konfliktfrei. Vielfach bestehen nun Forderungen nach mehr politischem Spielraum oder lokaler Wertschöpfung, um die eigene Industriebasis zu stärken.

Um voranzukommen, sollte die EU mehr Unterstützung durch „capacity building“

anbieten. Die Forderungen in der Handelspolitik sollten zudem deutlich stärker mit Entwicklungsgeldern („Aid for Trade“) sowie mit Investitionen durch die Global-Gateway-Initiative der EU verknüpft werden, um auf partnerschaftlicher Ebene wirksam umgesetzt zu werden. Hier sind eine stärkere Koordinierung und Straffung erforderlich – nicht nur auf Seiten der Europäischen Kommission, sondern auch in den Mitgliedstaaten.

Über den Tellerrand hinaus: EU-CPTPP

Neben den bestehenden Bemühungen um umfassende bilaterale Freihandelsabkommen sind auch neue Partnerschaftsstrukturen notwendig. Gerade vor dem Hintergrund der protektionistischen Handelspolitik der USA und der aggressiv auftretenden Volksrepublik China sind neue Allianzen liberaler Staaten nötig, die einen offenen und regelbasierten Handel befürworten und das Interesse haben, bei globalen Themen zu kooperieren.

EU und CPTPP könnten eine „Koalition der Willigen“ für regelbasierten Handel bilden

Die naheliegende Partnerschaft für die EU ist das Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP), die aus zwölf Mitgliedstaaten besteht: Australien, Brunei, Chile, Großbritannien (seit 2023), Kanada, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Aufgrund der Struktur des Abkommens ergäbe ein EU-Beitritt zur CPTPP wenig Sinn. Auch die Vorstellung, dass CPTPP und EU eine Art „WTO 2.0“ bilden könnten, wie von Ursula

von der Leyen im Juni 2025 angedeutet, ist verfehlt. Die WTO ist mit 166 Mitgliedstaaten eine (nahezu) globale Organisation, während ein Zusammenschluss von EU und CPTPP nur 39 Mitgliedstaaten zählen würde. Zudem würde ein solcher Schritt bestehende Fragmentierungstendenzen weiter zementieren. Globaler Handel und globale Regeln sind aber für die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar.

Was Sinn ergibt, sind Überlegungen, wie zwischen EU und CPTPP „WTO plus“-Themen vorangebracht werden können, um mit einer handelspolitischen „Koalition der Willigen“ den regelbasierten Handel zu schützen und moderne Handelsregeln voranzubringen. Sinnvoll ist auch, über ein Abkommen über den digitalen Handel nachzudenken. Daneben könnte ein engerer Dialog zwischen beiden Regionen über Themen wie wirtschaftliche Sicherheit oder nachhaltige und sichere Lieferketten eine Art Signalwirkung entfalten. Hier könnten regelmäßige Dialoge über das Jahr hinweg die Zusammenarbeit erleichtern. In einem zweiten Schritt sollte darüber nachgedacht werden, diese Partnerschaft um die Mercosur-Staaten zu erweitern.

Die neue Freihandelsagenda der Europäischen Union ist insgesamt als unmittelbare Reaktion auf die protektionistische Handelspolitik der USA und in Ermangelung multilateraler Alternativen sinnvoll. Doch die Verhandlungen werden nicht einfach werden, und die EU wird in Zukunft sehr viel pragmatischer in den Gesprächen mit den Schwellenländern vorgehen müssen. Nichtsdestotrotz können neue Vereinbarungen als Sprungbrett für den Erhalt des regelbasierten Handels genutzt werden. Die EU sollte sich daher um die Mittelmächte des Globalen Südens besonders bemühen.

IP